



N i e d e r s c h r i f t

über die 12. Sitzung des Rates in seiner 6. Wahlperiode am 09.11.2000 im Ratssaal des Rathauses in Monheim am Rhein

Mitglieder:

Dünchheim, Thomas	Bürgermeister
Belger, Hans-Martin	SPD-Fraktion
Bosbach, Günter	CDU-Fraktion
Dr. Budde, Johannes (Entschuldigt fehlend)	CDU-Fraktion
Budig, Detlef	SPD-Fraktion
Butschko, Peter	CDU-Fraktion
Danielewsky, Mike	CDU-Fraktion
Ditz, Hans-Joachim	CDU-Fraktion
Geyer, Jens	SPD-Fraktion
Göbel, Karl-Heinz	CDU-Fraktion
Goller, Werner	SPD-Fraktion
Greis, Peter	CDU-Fraktion
Gronauer, Markus	CDU-Fraktion
Hackel, Gabriele	CDU-Fraktion
Hengsberger, Wally	SPD-Fraktion
Jelinek, Artur	SPD-Fraktion
Klein, Manfred (Entschuldigt fehlend)	SPD-Fraktion
Knauer, Ariane	SPD-Fraktion
Dr. Knops, Hans Joachim	CDU-Fraktion
König, Karl	CDU-Fraktion
Liebe, Luda	Fraktion MBM/F.D.P.
Dr. Müller, Ulrich	CDU-Fraktion
Neufeldt, Friederike	CDU-Fraktion
Nieswand, Helmut	SPD-Fraktion
Ockel, Reinhard	CDU-Fraktion
Odendahl, Heidrun	CDU-Fraktion
Prondzinsky, Marion	CDU-Fraktion
Pruin, Stefan	Fraktion Grüne



Richrath, Martin	CDU-Fraktion
Sander, Dieter	SPD-Fraktion
Schaub, Lothar	CDU-Fraktion
Schmidt, Harald	SPD-Fraktion
Schmidt, Maike	Fraktion PETO
Schunke, Dieter	SPD-Fraktion
Senft, Harald	CDU-Fraktion
Stamm, Andrea	Fraktion Grüne
Dr. Stapper, Norbert	Fraktion Grüne
Taplick, Karl-Heinz	CDU-Fraktion
Tonn, Elisabeth	SPD-Fraktion
Voigt, Juliane	Fraktion PETO
Von Wallis, Winfried	Fraktion MBM/F.D.P.

Verwaltung:

Spiecker, Gerd	
Herrmann, Max	
Müller, Karlheinz	
Trost, Uwe	
Lehmann, Rüdiger	
Thomanek, Georg	
Brock, Hans Peter	
Herforth, Gisela	
Mittmann, Georg	
Kirberg, Inge	Schriftführerin

Beginn der Sitzung 18:06 Uhr

Ende der Sitzung 21:11 Uhr

Tagesordnung:

Öffentliche Sitzung:

- | | | |
|-------|-----------|--|
| Ö 1. | | Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und Beschlussfähigkeit |
| Ö 2. | 2000/0769 | Einführung und Verpflichtung der Ratsfrau Luda Liebe |
| Ö 3. | | Kenntnisnahme der Niederschrift der letzten Sitzung -öffentlicher Teil- |
| Ö 4. | 2000/0752 | Bericht über die Ausführung von Beschlüssen |
| Ö 5. | 2000/0758 | Umgestaltung Allwetterbad
Schaffung von Wohnbauflächen
Verlagerung der Bürgerwiese |
| Ö 6. | 2000/0691 | Dorfplatz Baumberg |
| Ö 0. | | Bürgerfragestunde |
| Ö 7. | 2000/0736 | Zweitwohnungsteuer |
| Ö 8. | 2000/0734 | Kreisumlage |
| Ö 9. | 2000/0687 | Beschluss zur 30. Änderung des Flächennutzungsplanes;
Bebauungsplan Nr. 33 B (a) - 6. Änderung
(Klagenfurter Straße/Grazer Straße)
- Satzungsbeschluss |
| Ö 10. | 2000/0697 | Widmung von Straßen für den öffentlichen Verkehr |
| Ö 11. | 2000/0712 | 3. Änderung der Rechtsverordnung über die Bildung von Schulbezirken für die öffentlichen Grundschulen und von Schuleinzugsbereichen für die übrigen öffentlichen Schulen und schulischen Einrichtungen der Stadt Monheim am Rhein vom 12.11.1998 |
| Ö 12. | 2000/0722 | 1. Änderungssatzung zur Satzung der Stadtbücherei |
| Ö 13. | 2000/0721 | Änderung der Entgeltordnung der Stadtbücherei |
| Ö 14. | 2000/0750 | Zuschuss zur Errichtung einer Lärmschutzwand auf dem Außengelände der Kath. Tageseinrichtung für Kinder - St. Dionysius - |
| Ö 15. | 2000/0724 | Vertretung der Gemeinde in der Verbandsversammlung des |

Zweckverbandes "Erziehungsberatungsstelle Langenfeld (Rhld.)
und Monheim am Rhein"

- Ö 16. 2000/0749 Nachwahl von Ausschussmitgliedern
- Ö 17. 2000/0757 Einbringung des Verwaltungsentwurfs der Haushaltssatzung 2001, des Haushaltsbuchs 2001, des Haushaltsplans 2001 sowie des Investitionsprogramms für die Jahre 2000 – 2004
- Ö 18. 2000/0748 Antrag der SPD-Fraktion vom 10.10.2000
"Tagesordnung der Rats- und Ausschusssitzungen"
- Ö 19. 2000/0755 Antrag der CDU-Fraktion vom 25.10.2000
"Konzept zur Vermarktung der noch freien Gewerbeflächen
Baumberger Chaussee - Kielsgraben"
- Ö 20. Mündliche Anfragen
- Ö 21. Mündliche Mitteilungen

Nichtöffentliche Sitzung

- NÖ 22. Feststellung der Beschlussfähigkeit
- NÖ 23. Kenntnisnahme der Niederschrift der letzten Sitzung -
nichtöffentlicher Teil-
- NÖ 24. 2000/0753 Bericht über die Ausführung von Beschlüssen
- NÖ 25. 2000/0747 Steuerangelegenheit
- NÖ 26. 2000/0732 Genehmigung einer dringlichen Entscheidung gem. § 60 Abs. 1
GO NW
Vertragsangelegenheit
- NÖ 27. 2000/0738 Auftragsvergabe
- NÖ 28. Mündliche Anfragen
- NÖ 29. Mündliche Mitteilungen

- Ö 1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen
Einladung und Beschlussfähigkeit**



Herr Bürgermeister Dünchheim eröffnet die Sitzung, begrüßt alle Anwesenden und stellt die ordnungsgemäße Einladung und die Beschlussfähigkeit des Rates fest. Er teilt mit, dass die Tagesordnung unter TOP Ö 2. um die Verpflichtung der neu in den Rat eingerückten Ratsfrau Luda Liebe zu erweitern ist und alle nachfolgenden Beratungspunkte sich entsprechend verschieben. Weiter verweist er auf die interfraktionelle Absprache, nur längstens fünfminütige Redebeiträge zuzulassen. Aus der CDU-Fraktion, der SPD-Fraktion und der Fraktion Die Grünen wird dem widersprochen. Es wird darauf verwiesen, dass zwar eine Verkürzung der Redezeit auf fünf Minuten angedacht worden ist, dies jedoch erst nach einer Änderung der Geschäftsordnung gelten soll. Auf Anfrage aus der Fraktion Die Grünen teilt der Bürgermeister mit, dass im nächsten interfraktionellen Gespräch eine Vorlage zur Änderung der Geschäftsordnung vorberaten werden soll.

Ö 2. 2000/0769 Einführung und Verpflichtung der Ratsfrau Luda Liebe

Herr Bürgermeister Dünchheim führt Frau Liebe in ihr Amt ein und verpflichtet sie in feierlicher Form zur gesetzmäßigen und gewissenhaften Wahrnehmung ihrer Aufgaben.

Ö 3. Kenntnisnahme der Niederschrift der letzten Sitzung -öffentlicher Teil-

Der Rat nimmt die Niederschrift zur Kenntnis.

Ö 4. 2000/0752 Bericht über die Ausführung von Beschlüssen

Der Rat nimmt den Bericht über die Ausführung der Ratsbeschlüsse vom 28.09.2000 zur Kenntnis.

Ö 5. 2000/0758 Umgestaltung Allwetterbad Schaffung von Wohnbauflächen Verlagerung der Bürgerwiese

Der Vorsitzende der CDU-Fraktion geht in einem längerem Redebeitrag auf den Inhalt der Vorlage ein. Er betont insbesondere, dass die Vorlage dem Votum der im Mai durchgeführten Bürgerbefragung zur Zukunft des Allwetterbades und Freibades Rechnung trägt und mit den vorgeschlagenen Maßnahmen ein nachhaltiger Beitrag zur dauerhaften Senkung der Betriebskosten und zur Entschuldung des mona mare geleistet werden kann. Die CDU-Fraktion schlägt vor, einen Gutachter des Bundesverbandes Kommunaler Bäder kurzfristig mit der Überprüfung der Wirtschaftlichkeit und der Entwicklungsmöglichkeiten des Bades zu beauftragen. Das Kostenvolumen soll auf 20 000 DM limitiert werden und das Gutachten soll bis spätestens 31.03.2001 vorliegen. Neben der Senkung der Betriebskosten hält die CDU-Fraktion eine weitere Steigerung der Attraktivität für unausweichlich, um neue Besucherkreise zu erschließen und dadurch auch die Einnahmenseite zu verbessern. Die in der Vorlage dargestellte



Veräußerung der Freibad-Grundstücksanteile zur Schaffung von Wohnbauland und die Verlagerung der Bürgerwiese wird von der CDU-Fraktion begrüßt, da dieser Vorschlag eine gesamtheitliche Gestaltung des derzeit als Industriebrache anzusehenden Baggerbereiches zu einem hochwertigen Freizeit- und Wohnbezirk ermöglicht. Mit der Verlagerung der Bürgerwiese werde nicht nur zur Entspannung von Nachbarschaftskonflikten beigetragen. Am neuen Standort könnten die erforderlichen Rahmenbedingungen geschaffen werden, wie u.a. ausreichende Parkplätze und sanitäre Anlagen.

Der Vorsitzende hält die sofortige Entscheidung über die Ziffer 1. des Beschlussvorschlages für unbedingt erforderlich, da ansonsten erhebliche Mittel in das Freibad zu investieren sind. Die Entscheidung über die anderen Beschlusspunkte könnte durchaus eine gewisse zeitliche Verzögerung erfahren, zumal die Ergebnisse des geforderten Gutachtens abgewartet werden sollten.

Die SPD-Fraktion äußert ihre Verwunderung darüber, dass die Vorlage nicht von der Verwaltung, sondern von der CDU-Fraktion erläutert wird; was Rückschlüsse zulasse. Sie betont, dass sie nach wie vor der Meinung ist, dass die Stadt ein Freibadangebot braucht und die Schließung an den Bedürfnissen der Menschen vorbei geht. Hinsichtlich des Ergebnisses der Bürgerbefragung ist sie nicht der Auffassung, dass eine Mehrheit die Schließung des Freibades möchte. Sie verweist darauf, dass die Zustimmung zur Variante B (Erhaltung des Bades in der bisherigen Form) groß war und die Darstellung der Variante A vielfach missverstanden wurde. Im übrigen sei festzustellen, dass in der jetzigen Vorlage von einer Vergrößerung des Außenschwimmbeckens nicht mehr die Rede ist. Sie macht deutlich, dass das Ziel, Reduzierung des Zuschusses und wirkungsvolle Entschuldung, bei weitem nicht erreicht wird und verweist darauf, dass der Freibadbereich lediglich mit rd. 200 000 DM Zuschuss im Jahr zu Buche schlägt. Hinsichtlich der Schaffung von Wohnbauflächen mahnt sie die Einhaltung von Zuständigkeiten und die Bürgerbeteiligung an, bevor Richtungsbeschlüsse einer künftigen Nutzung gefasst werden. Sie stellt u.a. fest, dass nach der bestehenden Rahmenplanung z.B. ein Sportplatz in diesem Gebiet denkbar wäre und der Zugang für eine mögliche Freizeitnutzung des Sees verbaut wird. Die Punkte 2 bis 4 der Vorlage bauen nach Auffassung der SPD-Fraktion auf dem eigentlich wesentlichen Punkt, der Schließung des Freibades, auf und stehen für sie heute nicht zur Debatte. Die SPD-Fraktion hält das Freibadangebot für nötig und wichtig und stimmt der Vorlage nicht zu.

Die Fraktion Die Grünen betont, dass die Bürgerbefragung zur Zukunft des Allwetterbades richtig und wichtig war, jedoch kein eindeutiges Ergebnis gebracht hat. Aus diesem Grunde plädiert sie dafür, keine übereilten Schritte zu tun, die nicht revidierbar sind. Da andererseits die Wirtschaftlichkeit des Bades für sie oberste Priorität hat, stimmt sie mit der CDU-Fraktion darin überein, das Freibad im nächsten Jahr nicht wieder zu öffnen, um die ansonsten fälligen Reparaturkosten einzusparen. Auch stimmt sie mit dem Vorschlag überein, ein Gutachten beim Kommunalen Bäderverband (bis zum 31.03.2001, max. Kosten 20.000 DM) zu Einspar- und Entwicklungsmöglichkeiten des Bades einzuholen, um danach dann die Entscheidung für oder gegen die endgültige Schließung des Freibades treffen zu können. Alle anderen Beschlusspunkte sollten nach ihrer Meinung bis zur Vorlage des Gutachtens zurückgestellt werden.

Die Fraktion MBM/F.D.P. hält es für unsinnig, ständig neue Gutachten einzuholen, da diese den politischen Willen nicht ersetzen können. Sie stellt fest, dass die Verwaltung mit dieser Vorlage den politischen Willen der CDU-Fraktion umgesetzt hat. Nach ihrer Meinung gehen die Darstellungen in der Vorlage jedoch am Problem vorbei, da nicht die Mittel für das Freibad fehlen, sondern die Mittel für das mona mare. Sie macht deutlich, dass selbst bei den aufgezeigten Maßnahmen und Einsparungen immer noch ein jährlicher Zuschussbedarf für das



mona mare von 3 Mio DM bleibt, der nicht aufgebracht werden kann. Sie kritisiert, dass der Idee einer Abgabe des Bades nicht gefolgt wird, obwohl ein Investor bereit steht, der das Bad zu vernünftigen Konditionen betreiben will. Da das Problem nach Auffassung der Fraktion MBM/F.D.P. nicht gelöst, nicht mal gemildert, sondern nur vor sich hergeschoben wird, lehnt sie die Vorlage ab.

Der Bürgermeister fasst das Beratungsergebnis zusammen und stellt fest, dass die Ziffer 3 des Beschlusses dahingehend abgeändert wird, dass der Bundesverband Kommunaler Bäder beauftragt wird, bis zum 31.03.2001 ein Gutachten zur Wirtschaftlichkeit und zu Entwicklungsmöglichkeiten des mona mare/Freibad zu erstellen.

Vor der Abstimmung kommt es zu einer kurzen Diskussion, in der die Fraktion Die Grünen der Meinung ist, dass die Beschlusspunkte 2 bis 4 bis zur Vorlage des Gutachtens zurückgestellt werden sollten.

Der Bürgermeister macht deutlich, dass die Regelungen des Baurechts eingehalten werden und ein Aufstellungsbeschluss frühestens im Januar 2001 vom Ausschuss gefasst werden kann. Die Verwaltung geht davon aus, dass zeitgleich das Gutachten vorliegen dürfte.

Aus der SPD-Fraktion wird namentliche Abstimmung zur Ziffer 1 des Beschlussvorschlages beantragt.

Beschluss

Die Verwaltung, die Mitglieder der Gesellschafterversammlung und der Aufsichtsrat der Monheimer Versorgungs- und Verkehrs GmbH werden beauftragt, die notwendigen Schritte zur Umsetzung der folgenden Maßnahmen einzuleiten:

1. Das Freibad wird in der bisherigen Form ab 2001 nicht mehr geöffnet.

Abstimmungsergebnis:

Bürgermeister Dünchheim	dafür
Belger, Hans-Martin	dagegen
Bosbach, Günter	dafür
Budig, Detlef	dagegen
Butschko, Peter	dafür
Danielewsky, Mike	dafür
Ditz, Hans-Joachim	dafür
Geyer, Jens	dagegen
Göbel, Karl-Heinz	dafür
Goller, Werner	dagegen
Greis, Peter	dafür
Gronauer, Markus	dafür
Hackel, Gabriele	dafür
Hengsberger, Wally	dagegen
Jelinek, Artur	dagegen
Knauer, Ariane	dagegen
Knops, Dr. Hans Joachim	dafür
König, Karl	dafür

Liebe, Luda	dafür
Müller, Dr. Ulrich	dafür
Neufeldt, Friederike	dafür
Nieswand, Helmut	dagegen
Ockel, Reinhard	dafür
Odendahl, Heidrun	dafür
Prondzinsky, Marion	dafür
Pruin, Stefan	dafür
Richrath, Martin	dafür
Sander, Dieter	dagegen
Schaub, Lothar	dafür
Schmidt, Harald	dagegen
Schmidt, Maike	dagegen
Schunke, Dieter	dagegen
Senft, Harald	dafür
Stamm, Andrea	dafür
Stapper, Dr. Norbert	dafür
Taplick, Karl-Heinz	dafür
Tonn, Elisabeth	dagegen
Voigt, Juliane	dagegen
Von Wallis, Winfried	dagegen

24 Stimmen dafür, 15 Stimmen dagegen

2. Folgende Bauleitplanverfahren werden eingeleitet:

- a) zur Schaffung von Baurecht für eine künftige Wohnbebauung in den angedachten Bereichen (siehe städtebaulichen Entwurf in der Anlage);
- b) zur Verlagerung der Bürgerwiese in den Bereich westlich der „Heide“ (siehe städtebaulichen Entwurf in der Anlage)

Die Planungsinhalte sind in die Rahmenplanung Monheim Süd zu integrieren.

Abstimmungsergebnis:

dafür	21 Stimmen (BM, 19 CDU, 1 Grüne)
dagegen	16 Stimmen (12 SPD, 1 Grüne, 2 Peto, 1 MBM)
Enthaltung	2 Stimmen (1 Grüne, 1 F.D.P.)

- 3. Zum vorgelegten Planentwurf der Allwetterbad GmbH mit den in der Sachdarstellung aufgelisteten 7 Maßnahmen (siehe Lageplan und Bauvorschlag in der Anlage) ist ein Gutachten der Kommunalen Bädergesellschaft (Kosten max. 20 000 DM) einzuholen, das bis zum Ende des Jahres 2000 vorliegen soll.**

Abstimmungsergebnis:

dafür	26 Stimmen (BM, 19 CDU, 3 Grüne, 2 Peto, 1 F.D.P.)
dagegen	13 Stimmen (12 SPD, 1 MBM)

- 4. Die Finanzierung der möglichen Umbaumaßnahmen erfolgt durch den Verkaufserlös des mit Wohnbebauung zu überplanenden Freibadbereiches.**



Abstimmungsergebnis:

dafür 20 Stimmen (BM, 19 CDU)
dagegen 19 Stimmen (12 SPD, 3 Grüne, 2 Peto, 2 MBM/F.D.P.)

Ö 6. 2000/0691 Dorfplatz Baumberg

Aus der SPD-Fraktion wird die Beantwortung der noch offenen Fragen aus der Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses erbeten:

1. Ist sichergestellt, dass der Vertrag in der vorgelegten Form mit dem BAB abgeschlossen werden kann?
2. Sind die Bürger über die geänderte Variante informiert worden?

Die Verwaltung berichtet, dass nach der Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses zwar bereits Gespräche mit dem Baumberger Bürgerverein geführt wurden, Einzelheiten jedoch noch in der nächsten Woche besprochen werden müssen. Sie betont, dass diese jedoch die Grundzüge des Vertrages nicht in Frage stellen. Eine Information der Bürger hat noch nicht stattgefunden.

Die Fraktion Die Grünen begrüßt einerseits das Engagement und die Bereitschaft des BAB, andererseits hält sie die Gestaltung des Dorfplatzes für den „Normalbürger“ für wenig attraktiv. Deshalb hält sie es auch für indiskutabel, dass für die Maßnahme zwei Bäume gefällt werden sollen, wobei ein Baum gefällt werden soll, weil er „in einer Blickachse“ steht. Vor diesem Hintergrund lehnt sie die Vorlage ab.

Die CDU-Fraktion bemängelt, dass der Vertrag mit dem BAB nicht unterschriftsreif vorliegt, betont jedoch, dass sie dem Dorfplatz positiv gegenüber steht. Sie verweist darauf, dass die einfachere Variante von den Bürgern gewollt ist und für den Baum, der wegen der Wegebefestigung gefällt werden muss, eine Ersatzpflanzung vorgesehen ist.

Der Bürgermeister betont, dass lediglich noch „Feinheiten“ mit dem BAB abgeklärt werden müssen. Er verweist darauf, dass es durchaus üblich ist, dass der Verwaltung ein gewisser Handlungsspielraum bei Vertragsverhandlungen eingeräumt wird.

Aus der Fraktion Die Grünen kommt die Frage, ob die Folgekosten vom BAB übernommen werden und ob ein oder zwei Bäume gefällt werden sollen.

Die Verwaltung antwortet, dass der BAB sich bereit erklärt hat, den Dorfplatz sauber zu halten, hinsichtlich des Mähens des Rasens jedoch noch keine Lösung gefunden worden ist. Der zweite Baum muss wegen Nachbarschaftskonflikten mit dem Trafohäuschen gefällt werden, hierfür ist jedoch eine Ersatzpflanzung vorgesehen.

In der Diskussion hält die SPD-Fraktion es für wichtig, dass der vorgesehene Finanzrahmen eingehalten wird und die finanziellen Folgekosten für die Stadt bekannt sind. Die CDU-Fraktion hebt das Engagement des BAB ausdrücklich hervor und sieht kein Problem darin, wenn das Mähen des Rasens weiterhin durch die Stadt erfolgt, da sie die erforderlichen Gerätschaften hierfür hat und dies auch schon jetzt erfolgt. Allein in der Sauberhaltung des Platzes durch den BAB sieht sie einen Vorteil für die Stadt.



Aus der Fraktion MBM/F.D.P. wird bemängelt, dass der Auftrag aus dem Haupt- und Finanzausschuss, die noch offen stehenden Fragen bis heute zu klären, von der Verwaltung nicht erledigt wurde. Da die Übernahme der Kosten für den laufenden Unterhalt des Platzes nicht geklärt ist, hält sie die Vorlage für nicht zustimmungsfähig. Ihre Frage, wer bei einer Kündigung des Vertrages durch den BAB die Unterhaltungskosten übernimmt, wird dahingehend beantwortet, dass in diesem Fall die Stadt einzutreten hat.

Auch die Fraktion Die Grünen hält die Übernahme der Folgekosten durch den BAB angesichts der Haushaltslage der Stadt für vernünftig. Sie kritisiert die ausweichlichen Ausführungen der Verwaltung zu den vorgesehenen Baumfällungen.

Die Verwaltung sagt zu, im nächsten Fachausschuss ausführlich hierzu zu berichten.

Beschluss

1. Der von der Verwaltung ausgearbeiteten Planung zur Umgestaltung des Dorfplatzes in Baumberg wird zugestimmt.
2. Die Durchführung der Maßnahme wird vom Baumberger Allgemeinen Bürgerverein (BAB) übernommen und über einen Nutzungsvertrag geregelt.
3. Die von der Stadt dem BAB als einmaliger Zuschuss zur Verfügung gestellten Mittel in Höhe von DM 31.580,00 entsprechend dem der Vorlage beiliegenden Finanzierungsplan werden außerplanmäßig bereitgestellt.

Abstimmungsergebnis:

dafür	32 Stimmen (BM, 18 CDU, 12 SPD, 1 Peto)
dagegen	3 Stimmen (2 Grüne, 1 MBM)
Enthaltung	3 Stimmen (1 Grüne, 1 Peto, 1 F.D.P.)

Ratsherr Gronauer hatte zu diesem Tagesordnungspunkt Ausschließungsgründe angezeigt und im Zuhörerraum Platz genommen.

Bürgerfragestunde

Beginn: 19.18 Uhr

Ein Bürger stellt folgende Fragen:

1. Was bringt die MoNet der Stadt noch, nachdem die Stadt Leverkusen „Kasse gemacht hat“? Ist vielleicht der richtige Zeitpunkt zum Absprung verpasst worden?
2. Wird die auf der Baumberger Chaussee erfolgreich durchgeführte Aktion „Kein Schild“ fortgesetzt, wann und wo werden weitere unnötige Verkehrsschilder entfernt?
3. Anerkennt die Verwaltung, dass hinsichtlich der Treppengeländer am Ernst-Reuter-Platz, insbesondere im Bereich der Apotheke, Nachbesserungsbedarf besteht?
4. Ist die Verwaltung der Meinung, dass auch an der unteren Treppe neben dem Extra-Markt und im Bereich Friedrichstraße/Post Treppengeländer erforderlich sind?



5. Glaubt die Verwaltung, dass Behinderte mit den unterschiedlichen Stufenhöhen auf der Friedrichstraße im Bereich der Post ohne entsprechende Markierungen zurecht kommen?

Die Verwaltung beantwortet die Fragen wie folgt:

Zu 1.

Vor dem Hintergrund des z.Z. relativ geringen jährlichen Zuschusses von ca. 50 000 DM und der Chance, dass das Unternehmen im nächsten Jahr schwarze Zahlen schreibt, wird an einen Rückzug der Stadt z.Z. nicht gedacht.

Zu 2.

Die Aktion „Kein Schild“ ist abgeschlossen, z.Z. ist nicht daran gedacht, sie wieder aufleben zu lassen.

Zu 3. – 5.

In einer durchgeführten Ortsbesichtigung wurde festgestellt, dass weitere Geländer nicht erforderlich sind. Die Verwaltung wird jedoch die kritischen Anmerkungen nochmals aufnehmen und prüfen.

Ende: 19.23 Uhr

Ö 7. 2000/0736 Zweitwohnungsteuer

Der Tagesordnungspunkt wird abgesetzt, da die Vorlage im Haupt- und Finanzausschuss zurückgezogen wurde und demnächst neu vorgelegt wird.

Ö 8. 2000/0734 Kreisumlage

Beschluss

Gemäß § 82 Abs. 1 GO in Verbindung mit § 6 Abs. 1 der Haushaltssatzung der Stadt Monheim am Rhein wird die Zustimmung zur Leistung einer überplanmäßigen Ausgabe in Höhe von
443.656,63 DM

bei Haushaltsstelle 9050.8310.00 –Kreisumlage- erteilt. Die Deckung erfolgt durch den Umlageausgleich Straßenverkehrsgesellschaft und über Mehreinnahmen bei der Gewerbesteuer.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

Ö 9. 2000/0687 Beschluss zur 30. Änderung des Flächennutzungsplanes; Bebauungsplan Nr. 33 B (a) - 6. Änderung (Klagenfurter Straße/Grazer Straße) - Satzungsbeschluss



Beschluss

1. Die 30. Änderung des Flächennutzungsplanes wird beschlossen. Der Erläuterungsbericht gem. § 5 (5) BauGB ist beigelegt.
2. Die 6. Änderung zum Bebauungsplan Nr. 33 B (a) (Gemarkung Baumberg, Flur 3, Flurstück 1494) wird gem. § 10 (1) BauGB als Satzung beschlossen. Dem Bebauungsplan ist gem. § 9 (8) BauGB eine Begründung beigelegt.

Abstimmungsergebnis:

dafür 36 Stimmen (BM, 19 CDU, 12 SPD, 2 Peto, 2 MBM/F.D.P.)
dagegen 3 Stimmen (Grüne)

Ö 10. 2000/0697 Widmung von Straßen für den öffentlichen Verkehr

Beschluss

Die Benzstraße, die Straße „Am Voigtshof“ und der Eulenweg werden gemäß § 6 Abs. 1 des Straßen- und Wegegesetzes für das Land Nordrhein-Westfalen (StrWG NRW) vom 01.08.1983 in der z. Z. gültigen Fassung für den öffentlichen Verkehr gewidmet, sobald sie fertiggestellt und mängelfrei abgenommen sind.

Die genannten Straßen erhalten die Eigenschaft einer Gemeindestraße i. S. d. § 3 Abs. 1 Nr. 3 StrWG NRW und werden ohne Benutzungseinschränkung gewidmet.

Träger der Straßenbaulast ist nach § 47 StrWG NRW die Stadt Monheim am Rhein.

Die Widmung ist gemäß § 6 Abs. 1 Satz 1 StrWG NRW mit Rechtsbehelfsbelehrung öffentlich bekannt zu machen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

Ö 11. 2000/0712 3. Änderung der Rechtsverordnung über die Bildung von Schulbezirken für die öffentlichen Grundschulen und von Schuleinzugsbereichen für die übrigen öffentlichen Schulen und schulischen Einrichtungen der Stadt Monheim am Rhein vom 12.11.1998

Beschluss

Die Rechtsverordnung über die Bildung von Schulbezirken für die öffentlichen Grundschulen und von Schuleinzugsbereichen für die übrigen öffentlichen Schulen und schulischen Einrichtungen der Stadt Monheim am Rhein vom 12.11.1998 wird zum 01.12.2000 entsprechend den Ausführungen der Verwaltung geändert. Die der Beschlussvorlage beigelegte 3. Änderungsverordnung ist Bestandteil des Beschlusses.

Abstimmungsergebnis:
einstimmig

Ö 12. 2000/0722 1. Änderungssatzung zur Satzung der Stadtbücherei

Der Bürgermeister trägt folgende Änderungen vor:

§ 4 a

Berichtigung der Verwaltung:

Abs. 2: ein gültiger Leser- und Personalausweis....“ (nicht oder)

Ergänzung auf Empfehlung des Fachausschusses:

Abs. 3, Satz 2: „Des weiteren dürfen keine illegalen, beleidigenden oder pornografischen Texte“

Beschluss

Die Satzung zur Änderung der Satzung der Stadtbücherei wird in der vorliegenden Fassung mit den vorgetragenen Änderungen beschlossen. Die Änderungssatzung ist Bestandteil des Beschlusses.

Abstimmungsergebnis:
einstimmig

Ö 13. 2000/0721 Änderung der Entgeltordnung der Stadtbücherei

Aus der Fraktion Die Grünen wird beantragt, für die Internetnutzung keinen Benutzerausweis zu fordern, sondern, um keine Konkurrenz zum Angebot im Haus der Jugend zu schaffen, die dort geltenden Gebühren zu erheben.

Die CDU-Fraktion ist der Meinung, dass bei einer anzunehmenden Mehrfachnutzung leicht die Kosten für einen Benutzerausweis erreicht werden und lehnt den Vorschlag ab.

Die SPD-Fraktion verweist auf ihre bereits in den Ausschüssen vertretene Meinung und beantragt eine Splittung der Beiträge.

Der Antrag der Fraktion Die Grünen wird bei 5 Stimmen dafür (3 Grüne, 2 Peto) mit 34 Stimmen (BM, 19 CDU, 12 SPD, 2 MBM/F.D.P.) abgelehnt.



Herr Bürgermeister Dünchheim lässt über die Verwaltungsvorlage als den weitergehenden Vorschlag abstimmen.

Beschluss

Die Entgeltordnung der Stadtbücherei wird in vorgelegter Fassung beschlossen. Sie ist Bestandteil des Beschlusses.

Abstimmungsergebnis:

dafür 22 Stimmen (BM, 19 CDU, 2 MBM/F.D.P.)
dagegen 12 Stimmen (SPD)
Enthaltung 5 Stimmen (3 Grüne, 2 Peto)

Ö 14. 2000/0750 Zuschuss zur Errichtung einer Lärmschutzwand auf dem Außengelände der Kath. Tageseinrichtung für Kinder - St. Dionysius -

Beschluss

Zur Errichtung einer Lärmschutzwand auf dem Außengelände der Tageseinrichtung für Kinder – St. Dionysius - an der Berghausener Straße, wird der Kath. Kirchengemeinde als Träger der Einrichtung ein Zuschuss in Höhe von 60.000 DM gewährt.

Die Finanzierung dieser unabweisbaren Maßnahme erfolgt überplanmäßig bei HHSt. 2.4640.9870.00 gem. § 6 Abs. 1 der Haushaltssatzung.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

Ö 15. 2000/0724 Vertretung der Gemeinde in der Verbandsversammlung des Zweckverbandes "Erziehungsberatungsstelle Langenfeld (Rhld.) und Monheim am Rhein"

Beschluss

Der Rat bestellt Frau Annette Berg als Vertreterin der Stadt in der Verbandsversammlung des Zweckverbandes „Erziehungsberatungsstelle Langenfeld (Rhld.) und Monheim am Rhein“.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

Ö 16. 2000/0749 Nachwahl von Ausschussmitgliedern

Beschluss

1. Herr Thomas Metzmaker, Kitzbüheler Weg 12, 40789 Monheim am Rhein, wird als Stellvertreter für Herrn Dr. Hagen Bastian (Vertreter der Wohlfahrtsverbände) in den Jugendhilfeausschuss gewählt.

2. Ratsherr Dr. Norbert Stapper (Grüne) wird als Stellvertreter für Herrn Peter Kröger - sachkundiger Bürger - (Grüne) in den Ausschuss für Bildung, Kultur und Sport gewählt.

Abstimmungsergebnis:
einstimmig

Der Bürgermeister unterbricht die Sitzung von 19.41 bis 19.56 Uhr.

Ö 17. 2000/0757 Einbringung des Verwaltungsentwurfs der Haushaltssatzung 2001, des Haushaltsbuchs 2001, des Haushaltsplans 2001 sowie des Investitionsprogramms für die Jahre 2000 - 2004

Der „Entwurf des Haushaltsbuchs 2001“ sowie „Ergänzung zum Haushaltsbuchentwurf 2001 – 1. Produkterläuterungen, 2. Vermögenshaushalt“ wurden heute allen Ratsmitgliedern ausgehändigt.

Auf die Frage nach dem Haushaltsplan erklärt die Verwaltung, dass der Haushaltsplan noch im Druck ist. Sie verweist auf die Vereinbarung, dass Gegenstand der Haushaltsberatungen das Haushaltsbuch ist.

Die Reden des Bürgermeisters und des Kämmerers sind dieser Niederschrift als Anlagen beigelegt.

Beschluss

Die Verwaltungsentwürfe der Haushaltssatzung 2001, des Haushaltsbuchs 2001, des Haushaltsplans 2001 und des Investitionsprogramms 2000 - 2004 werden zur Beratung an die Ausschüsse verwiesen.

Abstimmungsergebnis:
einstimmig

**Ö 18. 2000/0748 Antrag der SPD-Fraktion vom 10.10.2000
"Tagesordnung der Rats- und Ausschusssitzungen"**

Beschluss

Der Rat empfiehlt, bei der Aufstellung der Tagesordnung aller Rats- und Ausschusssitzungen den Punkt „Anregungen und Beschwerden“ (gem. § 24 GO NRW) nach den Formalien vorzusehen.

Abstimmungsergebnis:
einstimmig

**Ö 19. 2000/0755 Antrag der CDU-Fraktion vom 25.10.2000
"Konzept zur Vermarktung der noch freien Gewerbeflächen
Baumberger Chaussee - Kielsgraben"**

Nach Erläuterung des Antrages durch die CDU-Fraktion stellt der Bürgermeister fest, dass die Verwaltung bereits im Sinne des Antrages tätig ist und zu gegebener Zeit berichten wird.

Aus der SPD-Fraktion und der Fraktion Die Grünen wird nach dem Sinn dieses Antrages gefragt. Die SPD-Fraktion verweist auf die vorgestellten Planungen, wonach u.a. auch eine Tankstelle in diesem Gebiet vorgesehen war. Sie fragt, ob sich an dieser Planung etwas geändert hat.

Die CDU-Fraktion macht deutlich, dass es ihr darum geht, schnellstmöglich diese Flächen zu erschließen und zu bebauen. Eine Tankstelle hält sie an dieser Stelle nicht für gut und hofft auf besser passende Objekte.

Herr Bürgermeister Dünchheim verweist nochmals darauf, dass Gespräche stattfinden und die Verwaltung diesen Antrag zum Anlass nehmen wird, den Wirtschaftsbeirat wieder aufleben zu lassen und dort laufend und umfassend über den Stand der Planungen auf dem Shell-Gelände und an der Alfred-Nobel-Straße zu informieren. Darüber hinaus erklärt er die Bereitschaft, dass die Verwaltung auf Wunsch in den Fraktionen über den Stand der Dinge berichtet.

Nach dieser Aussage verzichtet die CDU-Fraktion auf eine förmliche Abstimmung über ihren Antrag.

Ö 20. Mündliche Anfragen

**Ö 20.1 Mündliche Anfrage des Rats Herrn Ditz (CDU)
„Sitzungsbeginn“**

Rats Herr Ditz stellt die Frage, ob der Sitzungsbeginn der nächsten Ausschusssitzungen, in denen der Haushalt beraten wird, auf 17.00 Uhr festgesetzt werden kann.

Herr Bürgermeister Dünchheim verweist auf den auf Antrag der CDU-Fraktion durch Ratsbeschluss festgesetzten Sitzungsbeginn um 18.00 Uhr. Er wird das Thema nochmals zum Beratungsgegenstand im nächsten interfraktionellen Gespräch machen, in dem ohnehin eine Änderung der Geschäftsordnung auf der Tagesordnung steht.

**Ö 20.2 Mündliche Anfrage des Rats Herrn Nieswand (SPD)
„Interkommunales Einzelhandelskonzept“**



Ratsherr Nieswand verweist auf die Zusage des Bürgermeisters, dass die Frage der Beteiligung von Gewerkschaften und Verbraucherverbänden in der nächsten Sitzung des Arbeitskreises „Einzelhandel“ beraten wird. Er fragt, ob dies geschehen ist. Der Bürgermeister antwortet, dass bisher keine weitere Sitzung des Arbeitskreises stattgefunden hat. Die nächste Sitzung ist voraussichtlich am 17.01.2001.

**Ö 20.3 Mündliche Anfrage des Ratsherrn Nieswand (SPD)
„Räumlichkeiten für den Arbeitersamariterbund“**

Ratsherr Nieswand bezieht sich auf die Anfrage in der letzten Ratssitzung und fragt an, ob neue Räume für den Arbeiter Samariter Bund gefunden worden sind. Die Verwaltung berichtet, dass der Verein ein konkretes Angebot aus Kostengründen nicht annehmen konnte. Die Verwaltung ist weiterhin bemüht.

**Ö 20.4 Mündliche Anfrage des Ratsherrn Schmidt (SPD)
„Aufstellung der Mittel für Schul- und Sportanlagen“**

Ratsherr Schmidt fragt an, ob die auf Antrag der CDU-Fraktion von der Verwaltung erstellte Liste über die Mittel, die in den letzten zehn Jahren in Schul- und Sportanlagen geflossen sind, allen Ratsmitgliedern zur Verfügung gestellt werden kann. Der Bürgermeister sagt dies zu.

**Ö 20.5 Mündliche Anfrage des Ratsherrn Ockel (CDU)
„Schäden im Straßenkreuzungsbereich Baumberger
Chaussee/Berghausener Straße“**

Ratsherr Ockel verweist auf Schäden im Fußgängerüberweg auf der Berghausener Straße in Richtung Langenfeld und fragt die Verwaltung, was sie kurzfristig tun kann. Die Verwaltung sagt zu, sich mit dem unterhaltungspflichtigen Landschaftsverband in Verbindung zu setzen.

**Ö 20.6 Mündliche Anfrage des Ratsfrau Stamm (Grüne)
„Deichneubau“**

Ratsfrau Stamm fragt an, ob noch Chancen bestehen, dass zumindest noch ein Teil der Erdmassen für den Deichneubau per Schiff an die Baustelle transportiert werden können. Die Verwaltung erklärt, dass alle Voraussetzungen dafür geschaffen wurden. Aufgrund der großen Preisunterschiede zwischen den rheinnahen und den anderen Entnahmestellen kann aber aus wirtschaftlichen Gründen nicht darauf zurückgegriffen werden.



Ö 21.

Mündliche Mitteilungen

./.